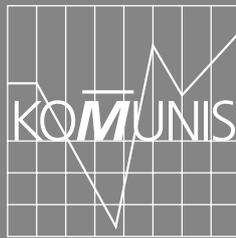


Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeber:
Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt



Themen

2/1998

Wetter in Stuttgart 1997

Neuaufgabe von „Stuttgart in Zahlen“

Zur Mietspiegelbefragung 1998

Erfahrungsaustausch der Wahlämter in Stuttgart

Strukturdaten der Stuttgarter Bundestagswahlkreise
vor der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag

**Kommunalpolitisches Interesse in Stuttgart
Ergebnisse der Bürgerumfrage 1997**

Stuttgarter Zahlenspiegel



**Statistik und
Informationsmanagement
Monatsheft 2/1998
57. Jahrgang**

Aktuelle Grafik: Wetter in Stuttgart 1997	39
Kurzinformationen: Neuaufgabe von „Stuttgart in Zahlen“ Zur Mietspiegelbefragung 1998 Erfahrungsaustausch der Wahlämter in Stuttgart	40
Kurzberichte: Strukturdaten der Stuttgarter Bundestagswahlkreise vor der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag	41
Hauptbeitrag: Kommunalpolitisches Interesse in Stuttgart Ergebnisse der Bürgerumfrage 1997	45
Stuttgarter Zahlenspiegel	Beilage
Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite

Impressum:

Statistik und Informationsmanagement, Monatshefte, 57. Jg., 2/1998

Herausgeber:

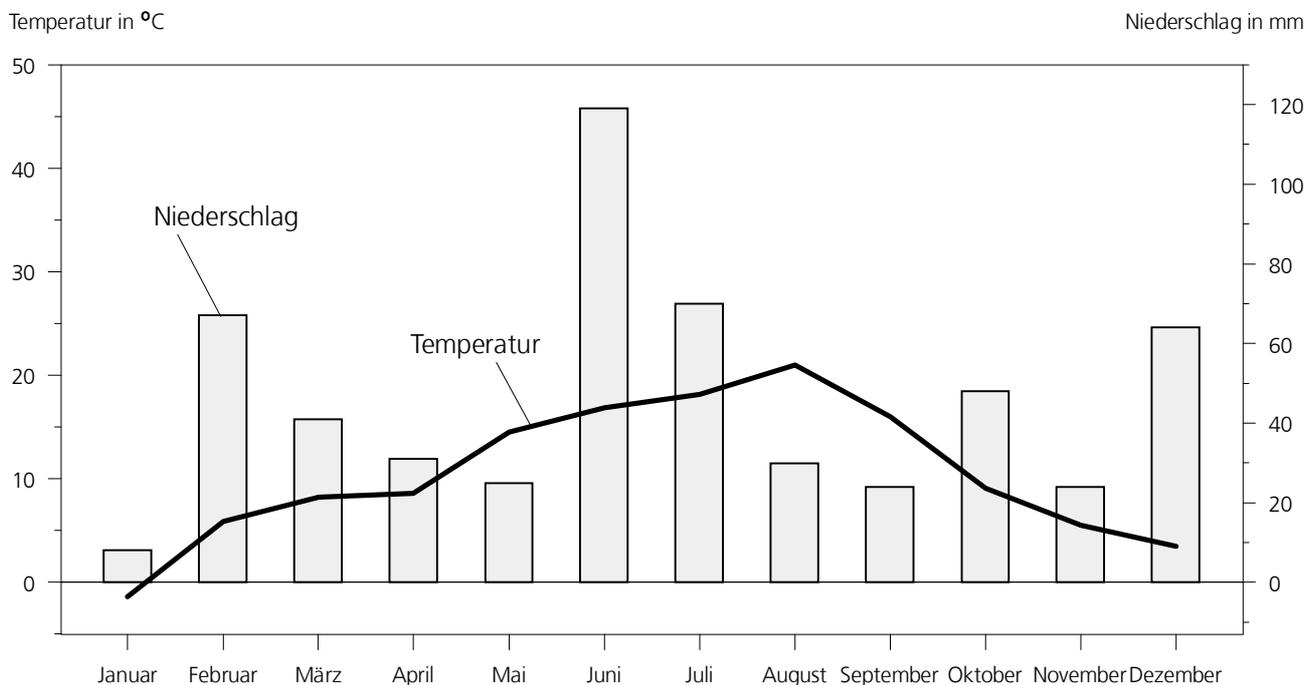
Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon (07 11) 2 16-34 40, Telefax (07 11) 2 16-39 00
E-Mail: statistisches-amt@stuttgart.de
Verantwortlich: Eberhard Frank
Schriftleitung: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 5 DM

ISSN 1431-1003



Wetter in Stuttgart 1997



Quelle: Wetteramt Stuttgart

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMUNIS

Erläuterungen zur Grafik:

Der Deutsche Wetterdienst mit der Meßstation auf dem Stuttgarter Schnarrenberg (314 m ü. NN) ermittelte für 1997 eine Jahresmitteltemperatur von 10,5 Grad Celsius. Diese lag um 1,1 Grad über der langjährigen durchschnittlichen Lufttemperatur. Die langjährige durchschnittliche Lufttemperatur wird in einem 30-Jahres-Zeitraum (derzeit von 1961 bis 1990) ermittelt und beträgt 9,4 Grad Celsius. Betrachtet man die Jahresdurchschnitte der letzten zehn Jahre in Stuttgart, dann wird deutlich, daß mit Ausnahme von 1996 alle Jahresdurchschnittstemperaturen über dem langjährigen Temperaturmittel lagen.

Mit etwa 50 Prozent weniger Eis (14) und Frosttagen (58) bzw. einer 50prozentigen Zunahme der Sommertage (32) gegenüber den langjährigen Mittelwerten kommt

dieses warme Jahr 1997 deutlich zum Ausdruck. Die Zahl der heißen Tage (10) war im vergangenen Sommer sogar doppelt so groß. Auch die Sonnenscheindauer lag um 134 Stunden oder um 8 Prozent über den durchschnittlich 1693 Stunden Sonnenschein, die in Stuttgart im langjährigen Mittel gemessen wurden.

Hinter den Durchschnittswerten verbirgt sich eine erhebliche Temperaturschwankungsbreite von 46 Grad Celsius: Der kälteste Tag im letzten Jahr war der Neujahrstag mit - 13,4 Grad, der wärmste fiel auf den 25. August mit + 32,3 Grad.

Aber nicht nur zu warm, sondern vor allem deutlich zu trocken war das abgelaufene Jahr. Mit 543 Liter auf den Quadratmeter lag die Niederschlagsmenge fast ein Fünftel unter dem langjährigen Mittelwert von 665 Liter/m². Seit 1986 waren bis

auf die Jahre 1989 und 1991 alle Jahre feuchter als der Durchschnitt.

Bernd Alm

Neuaufgabe von „Stuttgart in Zahlen“

Mit der kleinen Broschüre „Stuttgart in Zahlen“ bietet das Statistische Amt seit Jahren einen aktuellen Überblick über die wichtigsten Zahlen und Fakten der baden-württembergischen Landeshauptstadt. Das Informationsangebot umfaßt die Rubriken Bevölkerung, Finanzen, Stadtverwaltung, Wohnungsmarkt, Gemeinderat, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, soziale Einrichtungen, Kultur und Bildungswesen. Einen überregionalen Vergleich ermöglichen statistische Eckdaten aus den Landkreisen der Region Stuttgart und der deutschen Großstädte.

Mit dieser Neuaufgabe präsentiert sich „Stuttgart in Zahlen“ inhaltlich überarbeitet und, in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt, optisch neu gestaltet in einem attraktiven Layout. Das Ziel der Broschüre ist es, allen statistikinteressierten Bürgern, Besucher und Geschäftsreisenden der Stadt, allen Neubürgern, aber auch den ansässigen oder ansiedlungsinteressierten Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen ebenso aktuelle wie informative Daten und Wissenswerte über Stuttgart zu bieten.

Anmerkung der Redaktion: Die neue Broschüre „Stuttgart in Zahlen“ liegt diesem Monatsheft bei.

Thomas Schwarz

Zur Mietspiegelbefragung 1998

Das Statistische Amt der Landeshauptstadt Stuttgart führt im Mai und Juni 1998 Befragungen für die Aktualisierung des Mietspiegels durch. Der Mietspiegel wird in Stuttgart im Abstand von zwei Jahren aktualisiert und erlaubt damit eine zuverlässige Orientierung über die Höhe der ortsüblichen Mieten. Streit der Mietvertragsparteien über die angemessene Miethöhe, der aus Unkenntnis des Mietpreisgefüges entsteht, wird damit weitgehend vermieden.

Um die für den Mietspiegel erforderlichen Sachdaten zu erheben, werden Mieter persönlich befragt. Der Kreis der Befragten wird durch eine zufällige Auswahl (repräsentative Stichprobe) aus dem Einwohnerregister gewonnen und beläuft sich auf etwa 7000 Haushalte. Befragt werden allerdings nur Mieter von nicht preisgebundenen Wohnungen. Die Erteilung der Auskünfte ist freiwillig. Die beauftragten Interviewer sind auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses verpflichtet. Die Fragen beziehen sich auf die gemietete Wohnung.

Gefragt wird unter anderem nach

- Gebäudealter und Wohndauer,
- Größe der Wohnung,
- Höhe der Miete und der Betriebskosten,
- Ausstattung der Wohnung und
- Lage der Wohnung.

Die erhobenen Sachdaten werden ausschließlich vom Statistischen Amt für die Erstellung des Mietspiegels und die damit verbundenen statistischen Auswertungen verwendet. Durch Regelungen im Landesstatistikgesetz ist der Schutz persönlicher Daten und die statistische Geheimhaltung gewährleistet. So werden der Name und die Adresse nicht auf dem Fragebogen vermerkt und auch sonst nicht zusammen mit den Erhebungsmerkmalen gespeichert.

Eberhard Grapke

Erfahrungsaustausch der Wahlämter in Stuttgart

Ein Erfahrungsaustausch der Wahlämter größerer Städte in Baden-Württemberg ist mittlerweile zu einer festen Einrichtung geworden. Einmal im Jahr trifft man sich, um aktuelle wie grundsätzliche Themen des Wahlrechts und der Wahlorganisation zu erörtern. Die Veranstaltung wird koordiniert von Norbert Brugger vom Städtetag Baden-Württemberg, regelmäßige Teilnehmer und Berichtserstatter sind Landeswahlleiter Zimmermann und Referatsleiter Quecke vom Innenministerium.

Themen der diesjährigen Tagung in Stuttgart am 28. Januar 1998 waren die zu erwartenden (marginalen) Rechtsänderungen für die kommende Bundestagswahl 1998 sowie für die Europawahl und die Kommunalwahlen 1999. Ein intensiver Meinungsaustausch fand dabei insbesondere zum Verfahren der Aufnahme von Unionsbürgern in das Wählerverzeichnis statt. Es wurde auch vereinbart, für die bei den Gemeinderatswahlen 1999 erstmals wahlberechtigten Unionsbürger eine mehrsprachige Informationsbroschüre zu erarbeiten. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Stadt Stuttgart gegründet.

Zwei weitere Themen betrafen eher zukunftsorientierte Fragen der Wahlorganisation: Änderungen der Wahlbriefbeförderung, die infolge der Entstaatlichung der Deutschen Bundespost und der Entmonopolisierung der Postdienste ab dem Jahre 2000 zu erwarten sind und automatisierte Stimmabgabeverfahren, die in einzelnen Bundesländern und in europäischen Nachbarländern bereits im Einsatz sind.

Ein zweiter Schwerpunkt der Tagung bildete das EU-Vorhaben eines gemeinschaftsweiten Bevölkerungszensus 2001. Referatsleiter Dr. Münzenmaier vom Finanzministerium und Referatsleiter Werner vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg stellten die bisherigen Überlegungen des Bundes und der Länder zum Zensuskonzept vor. Grundlage für alle Überlegungen ist, den Informationsbedarf im wesentlichen aus vorhandenen Verwaltungsregistern zu gewinnen.

Bei der anschließenden intensiven Diskussion der beteiligten Städte standen Kosten-Nutzen-Aspekte der Erhebungskonzepte und die auf die Kommunen zukommenden Lasten, die mit einer „Ertüchtigung“ der Melderegister als Voraussetzung für die Nutzung des Registers für Zählungszwecke verbunden sind, im Vordergrund.

Thomas Schwarz

Strukturdaten der Stuttgarter Bundestagswahlkreise vor der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag

Am 27. September 1998 wird aller Voraussicht nach der 14. Deutsche Bundestag gewählt. Diese Wahl ist bereits die dritte gesamtdeutsche Wahl. Erneut wird man im Vorfeld der Wahl von einer spannungsgeladenen Situation sprechen, da den demoskopischen Umfragen zufolge ein sehr knapper Wahlausgang zu erwarten ist und rechnerisch mehrere Koalitionskonstellationen möglich erscheinen.

Das Stadtgebiet Stuttgart wird für diese Wahl in zwei Bundestagswahlkreise gegliedert, den Wahlkreisen Nr. 162 Stuttgart I und Nr. 163 Stuttgart II, die in dieser Abgrenzung seit 1980 bestehen. Im nachfolgenden Beitrag werden die soziodemografischen Strukturen der beiden Bundestagswahlkreise vorgestellt.

Das Datenmaterial beruht auf der letzten Bürgerumfrage des Statistischen Amtes, die im April 1997 als schriftliche Befragung durchgeführt wurde. Die hohe Zahl an durchgeführten Interviews (1118 Deutsche ab 18 Jahre im Wahlkreis Stuttgart I, 1038 im Wahlkreis Stuttgart II) gewährleisten auch für die Bundestags-

wahlkreisebene repräsentative Resultate.

Ausgangspunkt der Betrachtung sind die Wahlergebnisse der letzten Bundestagswahl am 16. Oktober 1994. Im Wahlkreis Stuttgart I (ehemals Stuttgart-Süd) gewann zum fünften Mal in Serie Roland Sauer, CDU, das Direktmandat. Nachfolger des scheidenden Abgeordneten als Wahlkreisbewerber wird Staatssekretär Hans Jochen Henke (ehemals OB von Ludwigsburg). Überhaupt zeichnet den Wahlkreis Stuttgart I ein sehr prominentes Bewerberfeld bei dem bevorstehenden Urnengang aus. Für die SPD kandidiert der Physiker und Umweltwissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker. Wahlkreisbewerber der GRÜNEN ist MdB Rezzo Schlauch. Für die FDP/DVP tritt zum zweiten Mal MdB Gisela Frick an.

Im Bundestagswahlkreis Stuttgart II (ehemals Stuttgart-Nord) ging das Direktmandat 1994 - wie bereits bei der Wahl zuvor - an Erika Reinhardt, CDU. Erika Reinhardt wurde für die bevorstehende Wahl erneut von ihrer Partei als Kandidatin gewählt. Die Nachfolge des langjährigen MdB (seit 1972) Peter Conradi, SPD, als Wahlkreisbewerberin tritt die Kreisvorsitzende Ute Kumpf an. Für die GRÜNEN kandidiert Maria Flendt. Bewerberin der FDP/DVP ist die Ärztin Dr. Gisela Dahl.

Anders als bei den vier Stuttgarter Landtagswahlkreisen kennzeichnen die wahlberechtigte Wahlkreisbevölkerung der beiden Stuttgarter Wahlkreise für die Bundestagswahl nur relativ geringe soziodemografische Unterschiede (vgl. Tabelle 2). Nahezu identisch ist beispielsweise die Alterszusammensetzung der Wahlbevölkerung. Eine Alterszusammensetzung, deren Charakteristikum der hohe Anteil von älteren Menschen (55 Jahre und älter: 43 %) ist. Gering sind auch die Strukturunterschiede hinsichtlich der Geschlechterverteilung, wobei in beiden Wahlkreisen die weibliche Bevölkerung die Mehrheit stellt.

Etwas ausgeprägtere Unterschiede weisen die zwei Wahlkreise auf, betrachtet man die soziologische Zusammensetzung der Bevölkerung. Den Wahlkreis Stuttgart I beschreiben ebenso ein größerer Anteil an Ein-Personen-Haushalte und an Personen, die erst seit wenigen Jahren in dieser Stadt leben, wie eine eindeutig höhere Bildungsstruktur und ein höherer Prozentsatz an Haushalten mit höherem Netto-Einkommen. Verantwortlich für den höheren Prozentsatz an Ein-Personen-Haushalten und an Bewohnern mit einer Wohndauer unter fünf Jahren sind in erster

Ergebnisse der Bundestagswahl 1994 in Stuttgart

Wahlkreis Stadt	Wahlbeteiligung	CDU		SPD		GRÜNE		FDP/DVP		Sonstige	
		E	Z	E	Z	E	Z	E	Z	E	Z
Stuttgart I	81,5	42,7	35,5	34,9	28,6	10,7	15,4	6,2	14,1	5,5	6,4
Stuttgart II	79,4	42,8	37,3	37,5	33,2	8,2	10,8	3,9	11,0	7,6	7,7
Stuttgart	80,4	42,7	36,4	36,2	30,9	9,4	13,1	5,0	12,5	6,7	7,1

E = Erststimmenanteil
Z = Zweitstimmenanteil

Linie die Innenstadtgebiete und die universitätsnahen Wohnlagen als bevorzugte Wohnstandorte jüngerer, mobiler, in Ausbildung befindlicher Personen. Diese Bevölkerungsgruppe zeichnet auch mitverantwortlich für das hohe Bildungsniveau im Wahlkreis.

Daneben besteht der Wahlkreis aus einer Reihe gehobener Wohnlagen, namentlich den Hanglagen der Innenstadtbezirke und den Fildervororten, die sowohl den Bildungs- als auch den Einkommenslevel im Wahlkreis heben. Mit diesem Gegensatz zwischen citynahen Wohnlagen und attraktiven Hanglagen in der Innenstadt sowie den überwiegend gehobenen Wohnlagen im südlichen Wahlkreisgebiet ist der Wahlkreis Stuttgart I zugleich durch eine Heterogenität und Ambivalenz in seiner Binnenstruktur zu beschreiben.

destagswahlkreises Stuttgart II weist diesen als ein Gebilde aus, das stärker durch industrienahen Wohngebiete oder Wohnviertel mit hohen Anteilen an sozialem Wohnungsbau bestimmt ist. Einfachere Berufsgruppen (Arbeiter, ausführende Angestellte) sind, ohne daß die Unterschiede all zu groß sind, etwas häufiger, Selbständige oder Studenten etwas seltener vertreten als im Wahlkreis Stuttgart I. Merklich gravierender ist freilich das Bildungsgefälle, das gegenüber dem Süd-Wahlkreis zutage tritt.

Thomas Schwarz

Das Sozialprofil des nördlichen Bun-

Stuttgarter Abgeordnete für den Deutschen Bundestag seit 1980

Wahljahr	Wahlkreis	Gewählte Abgeordnete	
		Direktmandat	über die Landesliste
1980	162 Stuttgart-Süd 163 Stuttgart-Nord	Roland Sauer, CDU Peter Conradi, SPD	Ernst Haar, SPD (Süd) Friedrich Wilhelm Hölscher, FDP/DVP (Süd) Dr. Herbert Czaja, CDU (Nord)
1983	162 Stuttgart-Süd 163 Stuttgart-Nord	Roland Sauer, CDU Dr. Herbert Czaja, CDU	Ernst Haar, SPD (Süd) Peter Conradi, SPD (Nord) Willi Hoss, GRÜNE (Nord)
1987	162 Stuttgart I 163 Stuttgart II	Roland Sauer, CDU Dr. Herbert Czaja, CDU	Ernst Haar, SPD (I) Dr. Martin Bangemann, FDP/DVP (I) Peter Conradi, SPD (II) Willi Hoss, GRÜNE (II)
1990	162 Stuttgart I 163 Stuttgart II	Roland Sauer, CDU Erika Reinhardt, CDU	Ingrid Walz, FDP/DVP (I) Peter Conradi, SPD (II)
1994	162 Stuttgart I 163 Stuttgart II	Roland Sauer, CDU Erika Reinhardt, CDU	Gisela Frick, FDP/DVP (I) Peter Conradi, SPD (II)

Strukturdaten der Bundestagswahlen Stuttgart I und II 1997

Merkmal	Stuttgart I	Stuttgart II	Stuttgart
Alter			
18- unter 25 Jahre	6	7	6
25- unter 35 Jahre	20	20	20
35- unter 45 Jahre	17	17	17
45- unter 55 Jahre	15	14	14
55- unter 65 Jahre	19	21	20
65- unter 75 Jahre	14	13	13
75 Jahre und älter	10	9	9
Wohndauer in Stuttgart			
Unter 5 Jahre	12	8	10
5- unter 15 Jahre	15	15	15
15 Jahre und länger	38	39	39
Seit Geburt	34	39	37
Geschlecht			
Männlich	46	48	47
Weiblich	54	52	53
Haushaltsgröße*			
Eine Person	43	35	38
Zwei Personen	37	44	40
Drei Personen	10	10	11
Vier und mehr Personen	10	10	11
Höchster Schul-/Hochschulabschluß (Auszug)			
Volksschule	20	31	25
Realschule	25	29	27
Fach-/Hochschulreife	23	18	21
Fach-/Hochschule	28	20	24
Stellung im Beruf (Auszug)			
Arbeiter/Facharbeiter	6	8	7
Ausführender Angestellter	4	5	5
Qualifizierter Angestellter	21	21	21
Leitender Angestellter	7	7	7
Beamter	6	6	6
Selbständiger	8	6	7
Rentner	27	27	27
Ausbildung/Studium	9	7	8
Haushalts-Netto-Einkommen*			
Unter 2000 DM	17	16	17
2000- unter 4000 DM	45	50	48
4000- unter 6000 DM	22	21	22
6000- unter 8000 DM	9	8	9
8000 DM und mehr	7	4	5

Alle Angaben beziehen sich auf Deutsche ab 18 Jahre und sind in % ausgedrückt;
 Rundungsdifferenzen sind möglich. *Hochrechnungen

Quelle: Bürgerumfrage 1997

Gliederung des Stadtgebietes in Bundestagswahlkreise

44



- Bundestagswahlkreise
- Stadtbezirke
- Stadtteile

Thomas Schwarz

Kommunalpolitisches Interesse in Stuttgart Ergebnisse der Bürgerumfrage 1997

Politisches Interesse - „Schlüsselqualifikation“ in einem demokratischen Staatswesen

Eine Schlüsselrolle in der Beziehung der Bevölkerung zur Politik spielt das politische Interesse. „Nur wer ein Mindestmaß an Interesse für politische Vorgänge aufbringt, wird sich entsprechende Informationen beschaffen und ist unter Umständen bereit, in das politische Geschehen einzugreifen“ (Gabriel, 1997, S. 24). Durch zahlreiche Umfragen und wissenschaftliche Studien konnte nachgewiesen werden, daß zwischen dem politischen Interesse und der Beteiligungsbereitschaft bei Wahlen ein Zusammenhang besteht: Wer politisch interessiert ist, wird sich mit größerer Wahrscheinlichkeit an der Wahl beteiligen, umgekehrt enthalten sich politisch Uninteressierte (meist) der Wahl (Holzschuh, 1996, S. 17). Von einer strengen Kausalität zu sprechen, selbst wenn beispielsweise in Stuttgart zwischen dem Anteil derjenigen, die in der Bürgerumfrage 1997 angeben, kommunalpolitisch interessiert oder stark interessiert zu sein (55 %) und der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen (Gemeinderatswahlen 1989 57,5 %, 1994 64,3 %; OB-Wahl 1996 53,2 %/ 53,9 %) eine hohe Übereinstimmung besteht, wäre freilich wissenschaftlich nicht korrekt.

Einfluß des politischen Interesses auf Wahlneigung ist groß

Zugleich wurde der Einfluß des politischen Interesses auf die Wahlneigung in der jüngeren Vergangenheit eher größer; Umfragen des Institutes für Demoskopie Allensbach belegen, daß gerade der Kreis der politisch nicht sonderlich Interessierten ihre Wahlbeteiligung in den letzten Jahren beträchtlich reduziert hat. Dies erklärt die rückläufige Wahlbeteiligung bei stabilem bzw. sogar leicht gestiegenem politischen Interesse beispielsweise bei der letzten Bundestagswahl (Köcher, 1994, S. 27), wenngleich im Lichte der neueren Nichtwählerforschung (Eilfort, 1994, S. 349) auch deutlich wurde, daß sich so mancher politisch Interessierte ganz bewußt aus Protestmotiven heraus in Wahlenthaltung übt.

Es zeigte sich zudem, daß ein größeres politisches Interesse auch stabilisierend auf andere politische Einstellungen wirken kann. Das heißt, kurzfristige Einflüsse wie wirtschaftliche Schwankungen oder tagespolitische Ereignisse wirken sich bei einem höheren politischen Interesse weniger stark auf andere Einstellungen aus als bei einem geringen politischen Interesse (Gabriel, 1997, S. 24).

Kommunalpolitisches Interesse in Stuttgart

55 % in Stuttgart an Kommunalpolitik interessiert

In welchem Maß interessieren sich die Stuttgarter für Kommunalpolitik? Auf diese Frage in der Bürgerumfrage 1997 („Wie stark interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik in Stuttgart?“) antworteten:

stark interessiert	11 %,
interessiert	44 %,
teils/teils	29 %,
schwach interessiert	11 %,
überhaupt nicht	4 %.

Kommunales Politikinteresse bei Frauen geringer

Das Interesse an der lokalen Politik in Stuttgart variiert sehr stark je nach demographischem und sozioökonomischem Hintergrund der Befragten. Kommunalpolitisches Interesse ist bei Frauen (51 % stark interessiert/interessiert) deutlich schwächer ausgeprägt als bei Männern (64 %); dies gilt ganz besonders für junge Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, von denen nur 25 Prozent Interesse an der Kommunalpolitik bekunden, während das Interesse ihrer Altersgenossen mit 51 Prozent doppelt so hoch ist. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede verringern sich zwar mit zunehmendem Alter (vgl. Abbildung 1); der Vorsprung der Männer bleibt freilich - auf kontinuierlich mit dem Alter steigendem Niveau - erhalten. Das gleiche Muster eines sich mit dem Alter aufbauenden lokalpolitischen Interesses kennt man im übrigen aus anderen bundesweiten Befragungen zum allgemeinen bundespolitischen Interesse (Köcher, 1994, S. 28) ebenso wie aus der Repräsentativen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung.

46

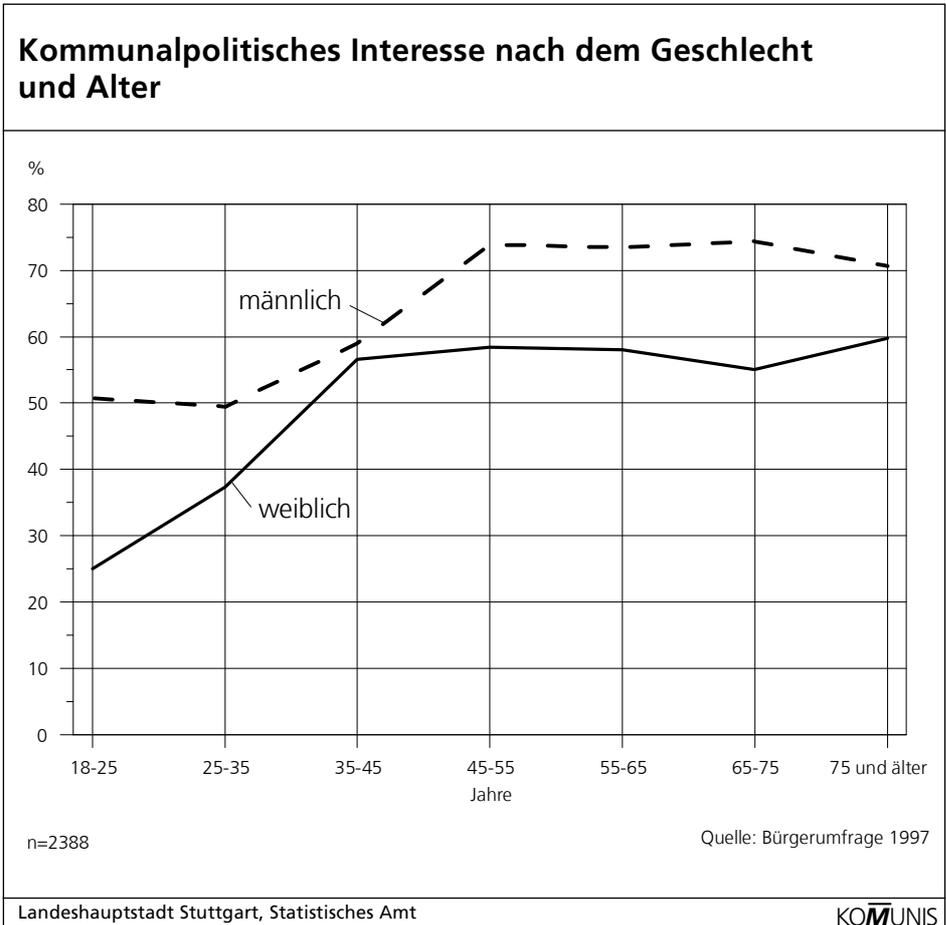


Abbildung 1

Mit steigender Wohndauer nimmt auch Kommunales Politikinteresse zu

Kommunalpolitisches Interesse hat - anders als sicherlich allgemeinpolitisches Interesse - etwas mit lokaler Verwurzelung und Identifikation zu tun. Operationalisiert anhand des Merkmals Wohndauer läßt sich zeigen, daß das Interesse für das lokale politische Geschehen sehr stark zunimmt je länger jemand in der Stadt wohnt oder sogar hier geboren ist:

Wohndauer in Stuttgart:

unter 5 Jahren	35 %,
5 bis unter 15 Jahren	49 %,
15 Jahre und länger	60 %,
seit Geburt	60 %.

Die Einflußgröße Wohndauer wirkt dabei unabhängig vom Alter der Befragten.

Ebenso wie die Wohndauer Ausdruck für die lokale Integration sein kann, wird die Staatsangehörigkeit gemeinhin als Indikator für die soziale (lokale) Integration betrachtet. Interesse für Kommunalpolitik definiert sich dementsprechend auch aus der Staatsangehörigkeit, bei der sich zwischen den deutschen Befragten (58 % stark interessiert/interessiert) und den EU-Ausländern (38 %) sowie den Ausländern aus Nicht-EU-Staaten (37 %) eine größere Kluft auftut.

Kommunalpolitisches Interesse steigt mit der Schulbildung und ...

Politisches Interesse und eben auch kommunales politisches Interesse ist zudem eine Frage der Schulbildung:

Hauptschulabschluß	51 %,
Realschulabschluß	58 %,
Fach-/Hochschulreife	57 %,
Hoch-/Fachhochschule	61 %.

... mit dem beruflichen und ökonomischen Status

Und Kommunalpolitikinteresse korreliert mit dem beruflichen und sozioökonomischen Status:

beruflicher Status:

Arbeitslos	52 %,
Arbeiter	36 %,
Facharbeiter, Meister	50 %,
einfache Angestellte	37 %,
qualifizierte Angestellte	54 %,
leitende Angestellte	70 %,
Beamte	68 %,
Selbständige	66 %.

Haushaltsnettoeinkommen:

unter 2000 DM	42 %,
2000 - 4000 DM	55 %,
4000 - 6000 DM	60 %,
6000 - 8000 DM	63 %,
8000 DM und mehr	74 %.

Kommunalpolitisches Interesse und Informationsverhalten

Unterscheiden sich kommunalpolitisch Interessierte von Nichtinteressierten im Informationsverhalten? Welche Informationsmöglichkeiten und -quellen werden in welchem Maße genutzt? Mit der Frage „Wie informieren Sie sich über das kommunalpolitische Geschehen in Stuttgart?“ wurde in der Bürgerumfrage diesen Fragestellungen nachgegangen.

Kommunalpolitisches Interesse und Informationsverhalten			
Informationsquelle	Stark Interessierte/ Interessierte	Schwach/ überhaupt nicht Interessierte	Alle
Tageszeitung	90	52	80
Wochenblatt	60	40	55
Amtsblatt	42	14	34
Rundfunk, Fernsehen	84	70	81
Besuch von Gemeinderatssitzungen	2	0	1
Besuch von Bezirksbeiratssitzungen	6	0	4
Teilnahme an Bürgerversammlungen	16	1	10
Gespräche mit Kollegen/Bekanntem	60	32	53
Veranstaltungen von Vereinen/Parteien	20	1	13
Mehrfachantworten möglich; alle Angaben in %			
			Quelle: Bürgerumfrage 1997
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt			KOMMUNIS

Tabelle 1

48

Kommunalpolitisch Interessierte nutzen verstärkt Tageszeitungen und Amtsblatt

An kommunalpolitischen Vorgängen Interessierte zeigen demnach ein viel intensiveres Informationsbedürfnis und -verhalten. Insbesondere nutzen sie vermehrt Tageszeitungen und das städtische Amtsblatt als Informationsquellen, nur sie besuchen öffentliche Sitzungen des Gemeinderats oder eines Bezirksbeirats oder politische Veranstaltungen und Versammlungen und kommunizieren viel eher über kommunalpolitische Themen mit Kollegen und Bekannten als politisch interessierte Individuen.

Kommunalpolitisches Interesse und parteipolitisches Engagement

Kommunalpolitisch Interessierte engagieren sich viel eher in Parteien ...

Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei setzt politisches ebenso wie lokalpolitisches Interesse voraus. Umgekehrt bedeutet dies, daß politisch uninteressierte Menschen nicht in Parteien als Mitglieder zu finden sein dürften. In der Tat bestätigen die Befunde der Bürgerumfrage diese Hypothesen. Auf die Frage: „Sind Sie Mitglied in . . . einer Partei?“ antworteten:

kommunalpolitisch stark Interessierte/Interessierte	5 %
kommunalpolitisch schwach Interessierte/ überhaupt nicht Interessierte	0 %
Alle Befragten	3 %

Kommunalpolitisches Interesse und die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen

... und in Vereinen und Organisationen

Kommunalpolitisch Interessierte, das zeigen die nachfolgenden Zahlen sehr deutlich, sind viel eher Mitglied in einem Verein welcher Ausrichtung auch immer und in einer Organisation.

Kommunalpolitisches Interesse und Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen			
Verein/Organisation	Stark Interessierte/ Interessierte	Schwach/ überhaupt nicht Interessierte	Alle
Sportverein	27	17	24
Kirchlicher/religiöser Verein	13	8	11
Hobbyvereinigung, geselliger Verein	9	3	8
Heimat- und Bürgerverein	6	5	5
Andere Vereine	16	6	13
Gewerkschaft im DGB	10	6	8
Andere Gewerkschaft	3	3	3
Berufsverband	10	4	8
Vermieter-/Mieterorganisation	12	6	10
Mehrfachantworten möglich; alle Angaben in %			
			Quelle: Bürgerumfrage 1997
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt			KOMMUNIS

Tabelle 2

Kommunalpolitisches Interesse und ehrenamtliches Engagement

Kommunalpolitisch Interessierte sind gesellschaftlich aktiver und ehrenamtlich engagierter

Über die rein formale Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen hinaus sind kommunalpolitisch interessierte Zeitgenossen in ihrer Freizeit gesellschaftlich aktiver und ehrenamtlich engagierter. Ehrenamtliches Engagement im sozialen und politischen Bereich, kirchliches Engagement, Kulturarbeit und Engagement im Umweltschutz zeigen kommunalpolitisch Interessierte in viel höherem Maße als Uninteressierte. Nur das Engagement im „politikfreien“ Bereich des Sports und in der Jugendarbeit passiert weitgehend losgelöst vom Grad des kommunalpolitischen Interesses der Befragten.

Kommunalpolitisches Interesse und ehrenamtliches Engagement			
Ehrenamtliches Engagement	Stark Interessierte/ Interessierte	Schwach/ überhaupt nicht Interessierte	Alle
Soziale Aufgaben	11	3	9
Politische Aufgaben/Mandate	4	0	2
Kirchliche Aufgaben	9	5	8
Kulturarbeit	4	2	4
Jugendarbeit	5	5	5
Sport	12	10	11
Umweltschutz	3	1	2
Heimatspflege	2	1	2
Mehrfachantworten möglich; alle Angaben in %			
			Quelle: Bürgerumfrage 1997
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt			KOMMUNIS

Tabelle 3

Kommunalpolitisches Interesse und Informiertheit über die Arbeit der Stadtverwaltung

Kommunalpolitisch Interessierte recht zufrieden mit Informationspolitik der Stadtverwaltung

Interesse an der Kommunalpolitik und an der Informationspolitik über die Arbeit der Stadtverwaltung bedingen sich gegenseitig. Die Frage nach der Qualität dieser Informationspolitik liegt daher nahe. Nachfolgender Tabelle ist zu entnehmen, daß sich 36 Prozent der kommunalpolitisch Interessierten gut oder gar sehr gut über die Arbeit der Stadtverwaltung informiert sehen, und nur 16 Prozent beklagen echte Informationsdefizite. Darüber hinaus deutet aber der große Anteil von Teils/teils-Nennungen (48 %) darauf hin, daß zumindest partiell Verbesserungsbedarf in der Informationspolitik vorhanden ist. Bei kommunalpolitisch Desinteressierten erschreckt insbesondere der hohe Anteil von einem Drittel, der überhaupt keine Informationen über die Arbeit der Stadtverwaltung wünscht.

Kommunalpolitisches Interesse und Informiertheit über die Arbeit der Stadtverwaltung			
Informationen über die Arbeit der Stadtverwaltung	Stark Interessierte/ Interessierte	Schwach/ überhaupt nicht Interessierte	Alle
Sehr gut/gut	36	9	28
Teils/teils	48	31	47
Schlecht/sehr schlecht	16	28	19
Nicht interessiert	0	32	6
Alle Angaben in %			
			Quelle: Bürgerumfrage 1997
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt			KOMMUNIS

Tabelle 4

Kommunalpolitisches Interesse und wichtige Informationspunkte

Kommunalpolitisch Uninteressierte haben nur zu konkreten Vorhaben Informationsbedürfnisse

Welches sind die besonders wichtigen Punkte, über die ein Informationsbedürfnis besteht? Wie unterscheiden sich kommunalpolitisch Interessierte und Desinteressierte? Die Unterschiede zwischen beiden Gruppen lassen sich auf den Nenner bringen: Wenn es sich um konkrete Projekte handelt, zum Beispiel Stuttgart 21, Umweltaktivitäten, Familienfragen oder kulturelle Veranstaltungen, dann ist auch das Informationsbedürfnis der kommunalpolitisch Uninteressierten nicht allzu viel niedriger als das der kommunalpolitisch Interessierten. Der entscheidende Unterschied besteht bei all jenen Punkten, die eher grundsätzliche, allgemeine aber eben auch komplexere Fragen der Kommunalpolitik betreffen, wie die Arbeit des Gemeinderats, der Stadtverwaltung, der Bezirksbeiräte oder der Regionalversammlung. Hier ist bei kommunalpolitisch Desinteressierten nur ein sehr begrenztes Informationsbedürfnis entwickelt.

Kommunalpolitisch Interessierte sind generell an Arbeit des Gemeinderats und der Stadtverwaltung interessiert

An Fragen der Kommunalpolitik interessierte Bürger halten, was die Rangfolge der Informationspunkte anbelangt, vor allem Informationen über Stuttgart 21 (54 %), die Arbeit des Gemeinderats (50 %), die Arbeit der Stadtverwaltung (50 %) und kulturelle Veranstaltungen (48 %) und, mit etwas geringerer Priorität, Fragen der Haushaltskonsolidisierung und Umweltaktivitäten der Stadtverwaltung für wichtig. Überraschend gering ist das Interesse, das der Arbeit der 1994 neu gegründeten Regionalversammlung der Region Stuttgart (9 %) entgegengebracht wird, das sogar weit hinter dem Interesse für die Arbeit der Bezirksbeiräte (30 %) rangiert.

Kommunalpolitisches Interesse und wichtige Informationspunkte			
Informationspunkt	Stark Interessierte/ Interessierte	Schwach/ überhaupt nicht Interessierte	Alle
Arbeit des Gemeinderats allgemein	50	9	37
Arbeit der Stadtverwaltung allgemein	50	14	39
Arbeit der Bezirksbeiräte	30	8	24
Arbeit der Regionalversammlung	9	1	6
Verwaltungsmodernisierung	17	8	14
Haushaltskonsolidierung, Finanzen	43	22	36
Projekt Stuttgart 21	54	30	48
Fildermesse	30	13	25
Umweltaktivitäten der Stadtverwaltung	40	31	38
Familienfragen	30	26	29
Kulturelle Veranstaltungen	48	37	46

Mehrfachantworten möglich; alle Angaben in %

Quelle: Bürgerumfrage 1997

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KOMUNIS

Tabelle 5

Kommunalpolitisches Interesse und Bürgerbeteiligung

Wie wichtig ist eine Bürgerbeteiligung?

So wichtig Informationen über die Arbeit der Stadtverwaltung bzw. Belange der Kommunalpolitik sind, eine andere Qualität der Einbindung der Bürger in die lokale Politik stellt die Bürgerbeteiligung dar. Sie gibt den beteiligten Bürgern nicht nur die Möglichkeit einer intensiveren Information, sondern sie verleiht ihnen auch die Möglichkeit der direkten, aktiven und einflußnehmenden Teilnahme am politischen und planerischen Prozeß. Wie antworteten die beiden Untersuchungsgruppen auf die Frage „Ist es für Sie wichtig oder eher unwichtig, daß die Bürger an der Arbeit der Stadtverwaltung beteiligt werden?“?

Kommunalpolitisches Interesse und Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung an der Arbeit der Stadtverwaltung			
Wichtigkeit	Stark Interessierte/ Interessierte	Schwach/ überhaupt nicht Interessierte	Alle
Sehr wichtig/wichtig	81	61	74
Teils/teils	15	22	19
Weniger wichtig/überhaupt nicht wichtig	4	7	7

Alle Angaben in %

Quelle: Bürgerumfrage 1997

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KOMUNIS

Tabelle 6

Hohes Maß an Beteiligungsbedürfnis

Kommunalpolitisch interessierte Stuttgarter plädieren demnach in hohem Maß für eine Einbindung und Beteiligung der Bürger an der Arbeit der Stadtverwaltung (81 %); lediglich für 4 Prozent von ihnen ist eine Bürgerbeteiligung kaum von oder ohne Bedeutung.

Wie so oft bestehen freilich große Diskrepanzen zwischen einer pauschalen Forderung nach Beteiligung und der aktiven Teilnahme an ganz konkreten Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.

Bürgerumfragen für alle Einwohner führende Beteiligungsform

Überragende Bedeutung für beide Kontrastgruppen hat die Beteiligungsform der Bürgerumfragen/Kundenbefragungen, bei denen den (repräsentativ ausgewählten) Einwohnern Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu Stuttgart und seinen Problemen, zu wichtigen kommunalen Aufgaben und Projekten zu artikulieren. Dieses Votum spricht nicht nur für die Akzeptanz des Instrumentes Bürgerumfrage in der Bevölkerung, sondern stellt ohne Frage ein völlig neuen, in die fachwissenschaftliche Partizipationsforschung noch nicht Eingang gefundenen Aspekt der Bürgerbeteiligung dar.

52

Kommunalpolitisches Interesse und wichtige Möglichkeiten einer Bürgerbeteiligung			
Beteiligungsmöglichkeit	Stark Interessierte/ Interessierte	Schwach/ überhaupt nicht Interessierte	Alle
Bürgerumfragen, Kundenbefragung	63	47	60
Bürgerfragestunden	27	15	23
Bürgerversammlungen	37	14	30
Bürgerbeteiligung wie bei Stuttgart 21	39	21	33
Informationen über Internet	9	11	9
Mehrfachnennungen möglich; alle Angaben in %			
			Quelle: Bürgerumfrage 1997
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt			KOMUNIS

Tabelle 7

Kommunalpolitisches Interesse und Problemwahrnehmung

Gibt es eine unterschiedliche Wahrnehmung der aktuellen kommunalpolitischen Probleme und Themen in Stuttgart, je nach Grad des kommunalpolitischen Interesses der Befragten? Welche lokalen Probleme werden dabei als besonders wichtig und daher lösungsbedürftig angesehen und welche können eher vernachlässigt werden?

Kommunalpolitisch Interessierte mit einer intensiveren Problemwahrnehmung

Listet man die größten Probleme in der Rangfolge der Wichtigkeit für beide Kontrastgruppen auf, lassen sich auf den ersten Blick nur geringe Abweichungen feststellen. Es fällt zwar auf, daß die Gruppe der kommunalpolitisch Interessierten mit durchschnittlich 10 Problemnennungen (von 27 Antwortmöglichkeiten) gegenüber 9 Problemnennungen der Vergleichsgruppe sich durch eine intensivere Problemwahrnehmung auszeichnet; was jedoch die Wichtigkeit der lokalen Probleme angeht, stimmen beide Kontrastgruppen doch im wesentlichen überein (vgl. Übersicht 1).

Kommunalpolitisches Interesse und Problemwahrnehmung (die 9 wichtigsten Probleme)	
Kommunalpolitisch stark Interessierte/ Interessierte	Kommunalpolitisch schwach/überhaupt nicht Interessierte
Unsicherheit auf den Straßen (69) Arbeitslosigkeit (65) Sicherheit und Ordnung (61) Angespante Finanz- und Haushaltslage (60) Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln (57) Zu viele Asylbewerber (56) Zu hohe Steuern (54) Zu viel Straßenverkehr (54) Zu hohe Mieten (51)	Zu hohe Mieten (62) Unsicherheit auf den Straßen (59) Arbeitslosigkeit (56) Zu hohe Steuern (55) Zu viel Straßenverkehr (49) Sicherheit und Ordnung (48) Zu viele Asylbewerber (48) Zu wenig Parkmöglichkeiten (45) Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln (45)
Mehrfachantworten möglich; alle Angaben in %	
Quelle: Bürgerumfrage 1997	
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt	

KOMUNIS

Übersicht 1

Für kommunalpolitisch Interessierte hat Umweltschutz und ÖPNV höhere Priorität

Erst bei einer paarweisen Betrachtung der einzelnen Problemfelder (vgl. Abb.2) kristallisieren sich einige signifikante Einstellungs- und Wahrnehmungsunterschiede heraus. Für kommunalpolitisch interessierte Stuttgarter haben Fragen des Umweltschutzes, des öffentlichen Personennahverkehrs oder die Straßenverkehrsproblematik eine höhere Priorität, im Gegensatz zu einer dezidiert automobilorientierteren Einstellung der kommunalpolitisch Uninteressierten, die sich beispielsweise an deren Kritik an zu wenig Parkmöglichkeiten ablesen läßt.

Kommunalpolitisch Uninteressierte artikulieren verstärkt ökonomische Probleme

Hinzu kommt, daß kommunalpolitisch Uninteressierte verstärkt ökonomische Probleme artikulieren (Wohnungsangebot, zu hohe Mieten) und auf ausländerpolitische Problemlagen hinweisen (Ausländerintegration, Links-/ Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit). Dies überrascht freilich nicht, ruft man sich noch einmal die sozioökonomische Zusammensetzung dieser Gruppe in Erinnerung mit dem Schwerpunkt auf ausländischen Einwohnern und/oder Personen mit einfacherem Berufs-, Bildungs- und Einkommensstatus.

Kommunalpolitisch Interessierte mit größerem Problembewußtsein gegenüber Arbeitslosigkeit, Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung, „Überfremdungsthematik“ und Haushaltslage der Stadt

Vor allem aber wird deutlich, daß bei kommunalpolitisch Interessierten gegenüber Themen, die eher das Gemeinwohl betreffen, ein viel größeres Problembewußtsein vorhanden ist. So erfahren die Probleme Arbeitslosigkeit (als ein generelles gesellschaftliches Phänomen und wohl weniger aus persönlicher Betroffenheit), Sauberkeit im öffentlichen Raum und der Komplex Kriminalität/öffentliche Sicherheit (Sicherheit und Ordnung; Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln; Unsicherheit auf den Straßen) eine deutlich höhere Priorisierung. Signifikant häufiger artikuliert die Gruppe der kommunalpolitisch Interessierten ferner die „Überfremdungsthematik“ (zu viele Fremde und zu viele Asylbewerber) und, sie nehmen die Finanz- und Haushaltslage der Stadt in weitaus höherem Maße als Problem wahr als die kommunalpolitisch Uninteressierten; mit einer Differenz von 25 Prozentpunkten klafft bei diesem Thema die Problemwahrnehmung beider Gruppen am meisten auseinander.

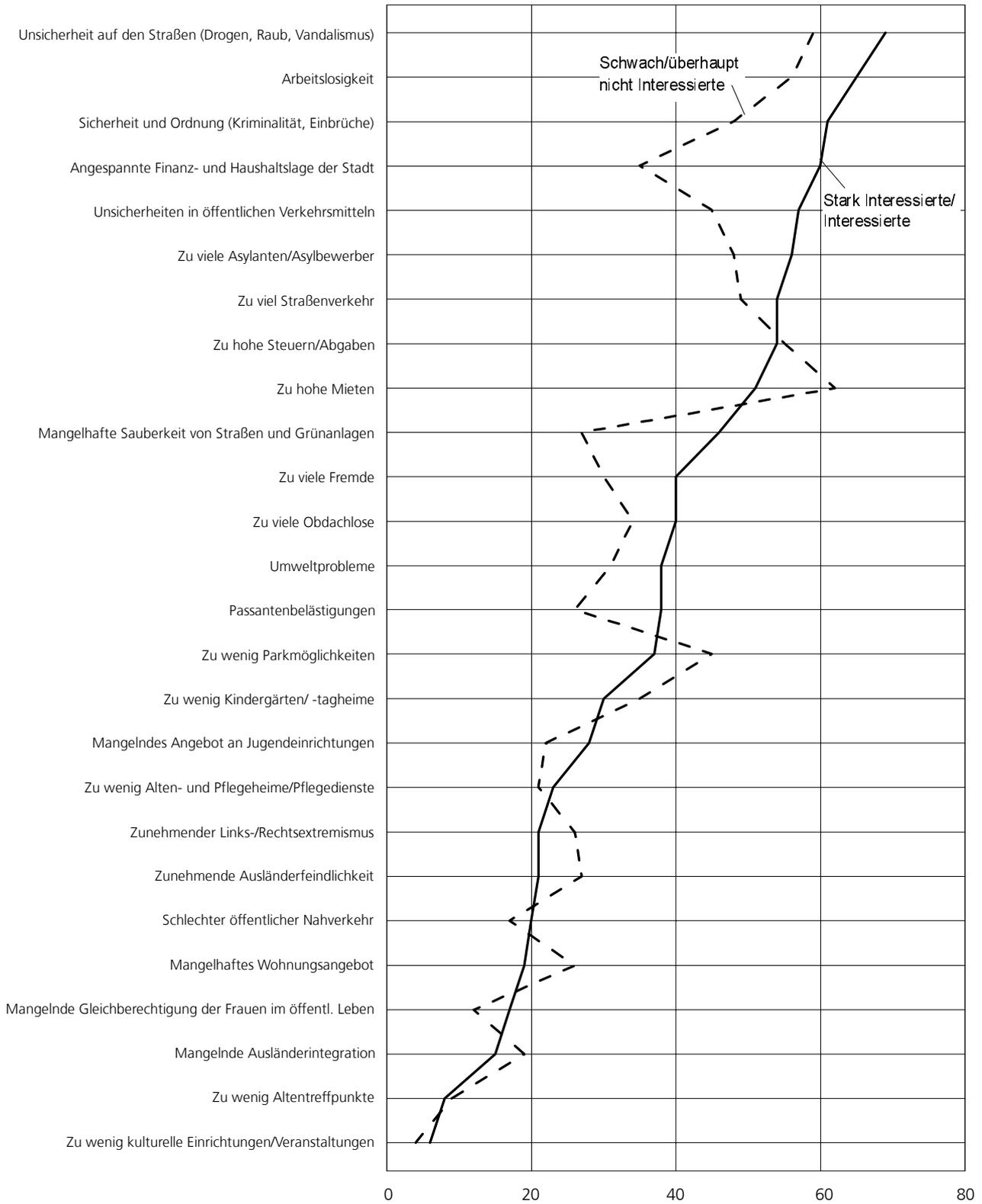
Kommunalpolitisches Interesse und größte Probleme in Stuttgart

Problem	Stark Interessierte/ Interessierte	Schwach/ überhaupt nicht Interessierte	Alle
Zu viel Straßenverkehr	54	49	53
Zu wenig Parkmöglichkeiten	37	45	39
Schlechter öffentlicher Nahverkehr	20	17	19
Mangelhaftes Wohnungsangebot (/zu hohe Mieten)	19	26	22
Zu hohe Mieten	51	62	56
Umweltprobleme (Luft-, Wasserqualität, Lärm, Abfallproblem)	38	31	37
Arbeitslosigkeit	65	56	63
Mangelnde Ausländerintegration	15	19	15
Zu viele Fremde	40	30	38
Zu viele Asylanten/Asylbewerber	56	48	53
Zu wenig Kindergärten/-tagheime	30	35	31
Zu wenig kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen	6	4	6
Mangelndes Angebot an Jugendeinrichtungen	28	22	25
Zu wenig Alten- und Pflegeheime/Pflegedienste	23	21	22
Zu wenig Altentreffpunkte	8	9	8
Mangelnde Gleichberechtigung der Frauen im öffentl. Leben	17	12	16
Angespannte Finanz- und Haushaltslage der Stadt	60	35	52
Unsicherheit auf den Straßen (Drogen, Raub, Vandalismus)	69	59	67
Unsicherheiten in öffentlichen Verkehrsmitteln	57	45	54
Sicherheit und Ordnung (Kriminalität, Einbrüche)	61	48	57
Zunehmender Links-/Rechtsextremismus	21	26	23
Zunehmende Ausländerfeindlichkeit	21	27	23
Zu hohe Steuern/Abgaben	54	55	54
Mangelnde Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen	46	27	40
Zu viele Obdachlose	40	34	39
Passantenbelästigungen	38	26	36

Mehrfachantworten möglich; alle Angaben in %

Quelle: Bürgerumfrage 1997

Kommunalpolitisches Interesse und größte Probleme in Stuttgart



Mehrfachantworten möglich; alle Angaben in %
n=2388

Quelle: Bürgerumfrage 1997

Kommunalpolitisches Interesse und Großprojekte

Kommunalpolitisch Interessierte favorisieren „anspruchsvollere“ Kulturprojekte

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der beiden Betrachtungsgruppen lassen sich auch die abweichenden Beurteilungen der wichtigsten Großprojekte der Stadt erklären. An der Kommunalpolitik schwach oder überhaupt nicht Interessierte beurteilen etwa die Musical-Theater „Miss Saigon“ und „Die Schöne und das Biest“, den Kinokomplex Ufa-Palast positiver, während die Gruppe der kommunalpolitisch Interessierten „anspruchsvollere“ Kulturprojekte wie der Neubau der städtischen Galerie, die City Prag (Verlagerung Theaterbau) präferiert.

Ein anderes gelagertes Freizeitinteresse wird auch deutlich an der unterschiedlichen Beurteilung der Großsporthalle und des Spielkasinos.

Kommunalpolitisch Interessierte lehnen Großverbrauchermärkte eher ab

Divergierende kommunalpolitische Standpunkte, die vermutlich auch Ausdruck unterschiedlicher Einkaufsgewohnheiten sind, trennen die beiden Gruppen schließlich hinsichtlich der Beurteilung von Großverbrauchermärkten am Stadtrand.

Kommunalpolitisches Interesse und Meinungsbild zu Großprojekten			
Projekt	Stark Interessierte/ Interessierte	Schwach/ überhaupt nicht Interessierte	Alle
Musical-Theater "Miss Saigon"	66	74	68
Weiteres Musical-Theater "Die Schöne und das Biest"	47	57	49
Einrichtung des Spielcasinos	55	38	36
Stuttgart 21	38	40	38
Neubau der Stuttgarter Messe beim Flughafen	42	41	41
Weiterer Ausbau des Stadtbahnnetzes	83	77	82
Neubau städt. Galerie am Schloßplatz	50	38	47
Bau einer Großsporthalle	30	33	30
Nachfolgenutzung für Messegelände Killesberg	49	56	51
City Prag (Verlagerung Theaterhaus)	44	31	42
Media-Form (Ufa-Palast)	40	48	42
Nutzung des Bosch-Areals	52	52	52
Großverbrauchermärkte am Stadtrand	37	51	41
Ausbau des Stuttgarter Flughafens	63	62	63
Mit sehr gute/gute Meinung antworteten in %			
			Quelle: Bürgerumfrage 1997

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KOMMUNIS

Tabelle 9

Fazit

Politikinteresse ist grundlegend für funktionierendes demokratisches Gemeinwesen

Politisches Interesse und ebenso kommunalpolitisches Interesse in der Bevölkerung ist von grundlegender Bedeutung für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen. Es ist Voraussetzung für die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren oder gar politische Ämter zu übernehmen. Politisches Interesse und Wahlteilnahme sind zwei Seiten der selben Medaille. Doch wer sind diejenigen Bürger, die sich für Kommunalpolitik interessieren und wer sind jene, die ihr gegenüber Gleichgültigkeit an den Tag legen?

Interesse an Kommunalpolitik steigt mit dem Alter

Beträchtliche Niveauunterschiede im kommunalpolitischen Interesse sind auszumachen je nach demographischen, sozialen und ökonomischem Status der Befragten. Das Interesse an Kommunalpolitik steigert sich mit zunehmendem Alter, ist bei Männern generell höher als bei Frauen und bei Deutschen ausgeprägter als bei Ausländern. Das Interesse an der Lokalpolitik wächst, je länger jemand in der Stadt lebt, je höher die Schulbildung, die berufliche Position und die Einkommenssituation ist.

Kommunalpolitisch Interessierte mit mehr Problembewußtsein bei allgemeingesellschaftlichen und ökologischen Fragen und ...

In diesem Kontext sind auch die unterschiedliche Wahrnehmung der kommunalpolitischen Probleme und der großen städtischen Projekte zu sehen. Kommunalpolitisch Interessierte entwickeln mehr Problembewußtsein allgemeingesellschaftlichen und ökologischen Fragen und sie lassen ein anderes Kultur- und Freizeitverhalten erkennen.

... höhere Bereitschaft sich aktiv zu engagieren, ...

Nicht weniger prägnant sind die Unterschiede im Informationsverhalten, zeigen doch an kommunalpolitischen Vorgängen Interessierte ein viel intensiveres Informationsbedürfnis. Signifikant höher ist nicht zuletzt ihre Bereitschaft sich parteipolitisch zu betätigen, auch sind sie viel eher Mitglied in einem Verein oder in einer Organisation oder üben gar aktiv ein Ehrenamt aus.

... aber auch mit höherem Informations- und Beteiligungsanspruch

So ist es nur folgerichtig, wenn die kommunalpolitisch interessierten Stuttgarter nicht nur über die Arbeit der Stadtverwaltung, des Gemeinderats und wichtiger Projekte wie Stuttgart 21 informiert werden wollen, sondern zum guten Teil auch am lokalpolitischen Geschehen in Form von Bürgerumfragen und anderen Beteiligungsformen partizipieren möchten.

Literaturverzeichnis:

Gabriel, Oscar W.:

Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, in: Gabriel, O. W.; Brettschneider, F.; Vetter, A. (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt. Studien zur Sozialwissenschaft Bd. 188, Westdeutscher Verlag. Opladen 1997

Holzschuh, Gabriele:

Am kommenden Sonntag wählen gehen? Eine empirische Analyse sucht Erklärungsfaktoren bezüglich der Entscheidung für/gegen den Gang zur Urne.
Unveröff. Studienarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart.

Köcher, Renate:

Politische Partizipation und Wahlverhalten von Frauen und Männern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/94, S. 24-31

Eilfort, Michael:

Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens.
Schöningh. Paderborn 1994

Gabriel, Oscar W.:

Democracy in big cities: The German case,
Stuttgart 1997 (unveröff. Vortragsmanuskript)

Schwarz, Thomas:

Parteiliches Engagement in deutschen Großstädten.
Statistik und Informationsmanagement. Monatsheft 8/97, S. 3, 4

12 x im Jahr

Aktuelle Statistiken

Jetzt im neuen Layout

.. in den Monatsheften der Reihe „Statistik und Informationsmanagement“ des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt Stuttgart im 57. Jahrgang.

Jedes Monatsheft präsentiert sich mit einem **Hauptbeitrag**, einem **Kurzbericht** und **Kurzinformationen** als Textbeiträge sowie einer kommentierten - **aktuellen Grafik** - ergänzt durch Tabellen, Übersichten und Schaubilder.

In der Zeitschrift befindet sich ein **Zahlenspiegel** mit aktuellen Daten zur Entwicklung Stuttgarts. In unregelmäßigen Abständen liegt den Monatsheften eine **mehrfarbige Karte** zu verschiedenen Themen bei.

ca. 20 bis 30 Seiten,
Format DIN A4 mit
zahlreichen Schaubildern
und Tabellen.

Einzelpreis: 5 DM

Jahresabonnement: 50 DM
(zuzüglich Versandkosten)



Vertrieb und weitere Informationen:

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt,
Eberhardstraße 39 (Schwabenzentrum),
70173 Stuttgart,
Telefon 0711/216-34 40,
Fax 0711/216-39 00
E-Mail: statistisches-amt@stuttgart.de

Veröffentlichungen zu den Themen:

Eberhard Grapke:

Mietspiegelbefragung 1996,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 4/1996

Thomas Schwarz:

Prognose der Wahlberechtigten in Stuttgart bis 2005,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 5/1996

Die Zukunft der Stuttgarter Bundestagswahlkreise,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 10/1996

**Kommunalpolitische Themen und Projekte im Meinungsbild,
Ergebnisse der Bürgerumfrage 1997,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 11/1997